

# **SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

( Antrag Nr. 0593/2008 )

Eingereicht am 05.03.2008 um 15:07 Uhr.

## **Ratsversammlung**

---

### **Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Ausgleich von Treibhausgasemissionen bei Flugreisen**

#### **Antrag zu beschließen:**

Die Landeshauptstadt Hannover gleicht die entstandenen Emissionen von Flügen, die in ihrem Auftrag durchgeführt werden, durch Abgaben an die Klimaschutzinitiative "atmosfair" aus.

#### **Begründung:**

Der Flugverkehr spielt beim Klimaschutz angesichts enormer Wachstumsraten eine zunehmend wichtigere Rolle. So werden sich nach Berechnungen des Umweltbundesamts (UBA) allein die CO<sub>2</sub>-Emissionen des deutschen Luftverkehrs einschließlich des von Deutschland ausgehenden internationalen Luftverkehrs bis 2020 mehr als verdoppeln. Überdies ist die Klimaschädigende Wirkung der Emissionen in höheren Lagen der Atmosphäre um das zwei- bis vierfache größer als in Bodennähe. Die Einführung einer Kerosinsteuer zur Reduzierung von Treibhausgasen im Luftverkehr ist längst überfällig, wurde bisher aber weder international noch EU-weit oder national realisiert.

Die durch den Flugverkehr verursachten Klimaschäden können mit einer Förderung von Projekten durch Klimaschutzabgaben lediglich teilweise ausgeglichen bzw. minimiert werden. Das Beste fürs Klima ist es, gar nicht zu fliegen. Wo sich Flüge (z.B. nach Hiroshima) aber nicht vermeiden lassen, soll die Stadt Hannover durch die Zahlung von Klimaschutzabgaben eine aktive Vorbildfunktion erfüllen.

Unter der Rot-Grünen Bundesregierung wurde im Rahmen des Forschungsprojektes "klimabewusst fliegen" des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) ein Programm entwickelt, mit dem Flugemissionen berechnet werden können. Daraus ist die Klimaschutzinitiative "atmosfair" ([www.atmosfair.de](http://www.atmosfair.de)), eine gemeinnützige GmbH, hervorgegangen. "Atmosfair" gibt mit einem einfachen Berechnungsverfahren Flugpassagieren die Möglichkeit, freiwillig Klimaschutzabgaben für die von ihnen verursachten Klimagase zu zahlen.

Die Klimaschutzabgaben werden überwiegend in Solar-, Wasserkraft-, Biomasse- oder Energiesparprojekte in Entwicklungsländern investiert, um dort die Menge Treibhausgase einzusparen, die durch die Flüge verursacht wurden. Die Projekte werden kontrolliert von Gremien und technischen Organisationen, die im Rahmen des Kyoto-Protokolls entstanden sind.

Christine Kastning  
Fraktionsvorsitzende

Michael Dette  
stv. Fraktionsvorsitzender

Hannover / 05.03.2008